

Antrag 58/I/2026**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit der iranischen Bevölkerung!**

1 Die Islamische Republik Iran steht seit Jahrzehnten für
2 systematische Unterdrückung, politische Verfolgung und
3 staatlich organisierte Gewalt. Oppositionelle wurden in-
4 haftiert, gefoltert und hingerichtet. FINTA und quee-
5 re Menschen werden systematisch entrechtet, Proteste
6 gewaltsam niedergeschlagen und die Meinungsfreiheit
7 massiv eingeschränkt. Dieses System beruht auf Repres-
8 sion nach innen und Machtprojektion nach außen.
9 Die aktuellen Entwicklungen markieren eine Zäsur. Vie-
10 le Menschen im Iran und in der Diaspora empfinden Er-
11 leichterung. Nach Jahrzehnten der Angst und Gewalt ent-
12 steht sichtbar ein Moment der Schwächung des Macht-
13 zentrums. Dieses Gefühl ist politisch nachvollziehbar und
14 Ausdruck eines tiefen Bedürfnisses nach Freiheit und Ge-
15 rechtigkeit.

16 Gleichzeitig verurteilen wir den Völkerrechtswidrigen An-
17 griff der USA und Israel auf den Iran entschieden. Statt mi-
18 litärischer Gewalt braucht es jetzt sofortige diplomatische
19 Bemühungen, um die weitere Eskalation im Nahen Os-
20 ten zu verhindern und ziviles Leid zu stoppen. Die Lage im
21 Iran ist zudem weiterhin sehr gefährlich. Die Machtstruk-
22 turen des Regimes bestehen fort. Sicherheitsapparate, Re-
23 volutionsgarden und Justizsystem sind weiterhin hand-
24 lungsfähig. Noch dazu existiert weiterhin eine Minder-
25 heit, die das institutionelle verankerte und hoch ideologi-
26 sche System weiterhin trägt. Ohne klare Perspektive dro-
27 hen Machtkämpfe, Instabilität oder eine autoritäre Reor-
28 ganisation. Die iranische Zivilbevölkerung darf nicht zw-
29 schen Repression und Chaos zerrieben werden. Das ira-
30 nische Regime geht seit Jahrzehnten systematisch gegen
31 grundlegende Menschenrechte vor. Durch Verfolgung, Mas-
32 saker, Folter und andere schwere Verbrechen an der eige-
33 nen Bevölkerung verletzt es fortwährend das Völkerrecht,
34 insbesondere Artikel 7 des Römischen Status des JSTGH,
35 der Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert.

36 Berichten von Amnesty International zufolge verdichten
37 sich zudem die Hinweise, dass iranische Behörden be-
38 waffnete Konflikte gezielt nutzen, um Dissident*innen so-
39 wie inhaftierte Teilnehmer*innen von Protestbewegun-
40 gen noch stärker zu verfolgen und zu drangsalieren.

41

42 Wir verurteilen dieses Vorgehen mit aller Schärfe.

43

44 Für uns ist klar: Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung,
45 nicht dem Regime. Demokratischer Wandel ist notwen-
46 dig. Er darf jedoch nicht in unkontrollierte Destabilisie-
47 rung münden. Ziel muss ein politischer Übergang sein,
48 der Menschenrechte garantiert, institutionelle Stabilität

49 schafft und neue Gewaltzyklen verhindert.
50 Wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft im Iran –
51 nicht an der Seite militärischer Eskalation, geopolitischer
52 Machtspiele und rechtsextremer Regierungen. Die USA
53 und Israel führen einen „war of choice“, bei dem nicht auf
54 eine akute Bedrohung reagiert, sondern ein ideologischer
55 und militärischer Widersacher ausgeschaltet werden soll.
56 Damit treffen sie nicht nur das Regime, sondern vor al-
57 lem die Zivilbevölkerung. Ein Ende der autoritären Herr-
58 schaft darf nicht in einem unkontrollierten Zusammen-
59 bruch staatlicher Strukturen münden, der Chaos, Bürger-
60 krieg oder neue autoritäre Kräfte hervorbringt.
61 Deutschland und die Europäische Union tragen Verant-
62 wortung, diesen Prozess politisch zu begleiten. Men-
63 schenrechte müssen handlungsleitend sein, ohne dabei
64 regionale Stabilität aus dem Blick zu verlieren.

65

66 **Wir fordern daher:**

67

68 • dass die SPD sich auf Bundes- und Europaebene für
69 eine kohärente Iran-Strategie einsetzt, die die irani-
70 sche Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt stellt und
71 demokratische Transformationsprozesse aktiv un-
72 terstützt.

73

74 • dass Repressionsapparate sowie verantwortliche
75 Funktionsträger des Regimes weiterhin konsequent
76 und gezielt sanktioniert werden müssen.

77

78 • dass humanitäre Schutzprogramme auszubauen,
79 Aufnahmeverfahren für politisch Verfolgte zu be-
80 beschleunigen und Visaerleichterungen für gefährde-
81 te Aktivist*innen zu schaffen sind.

82

83 • dass unabhängige Medien, demokratische Netz-
84 werke und digitale Kommunikationsmöglichkeiten
85 gezielt zu fördern sind, um zivilgesellschaftliche
86 Strukturen zu stärken. (z.B. über die Bereitstellung
87 kostenloser VPNs oder Kommunikationsapps in gro-
88 ßem Stil, über die demokratischer zivilgesellschaftli-
89 cher Aktivismus sich außerhalb der Kontrolle des Re-
90 gimes wirksam vernetzen kann.)

91

92 • dass außenpolitisches Handeln darauf ausgerichtet
93 sein muss, einen demokratischen Übergang zu er-
94 möglichen, ohne ein Machtvakuum oder neue Ge-
95 waltspiralen zu fördern.

96

97 • dass ein sofortiger Waffenstillstand von allen Seiten
98 erwirkt wird.

99

100 • sowie diplomatische Initiativen für eine langfristige
101 Deeskalation und die Demokratisierung des Iran.